



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 34. Ratssitzung vom 11. Januar 2023

1221. 2022/211

Weisung vom 01.06.2022:

Sozialdepartement, Bericht nach zwei Jahren Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich, Bericht an den Gemeinderat

Antrag des Stadtrats

Vom Bericht des Stadtrats nach zwei Jahren Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich wird Kenntnis genommen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Sanija Ameti (GLP): *Ich beginne mit einer Zusammenfassung des Inhalts, der sich aus vier Berichten ergibt: Bericht der Kantonalen Ethikkommission Zürich (KEK) im Auftrag des Sozialdepartements; Bericht der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter im Auftrag des Staatssekretariats für Migration (SEM); Bericht von Alt-Bundesrichter Oberholzer im Auftrag des SEM und Bericht der Res Publica Consulting AG (RPC) im Auftrag des Verwaltungsrats der Asylorganisation Zürich (AOZ). Basierend darauf entwickelte der Stadtrat den vorliegenden Bericht zum zweijährigen Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich (BAZ). Darin werden die Abläufe, Zuständigkeiten und Angebote innerhalb, sowie die Situation rund um das BAZ beschrieben. Der Bericht behandelt zunächst die Informationen zum Asylverfahren, zu den vulnerablen Bewohnerinnen und Bewohnern, zur Organisation der Unterkunft mit dem geltenden Betriebskonzept, zur Beurteilung der Gesundheitsversorgung und Sicherheit sowie zu Beschäftigungs-, Lern- und Freizeitangeboten. Im zweiten Kapitel geht es um die mit dem BAZ verbundenen externen Akteure wie die Schule, das Gemeinschaftszentrum Wipkingen, das Ambulatorium Kanongasse, die Stadtpolizei und die Verbindungen ins Quartier. Der Bericht schliesst mit bewertenden Einschätzungen verschiedener Akteurinnen und Akteure, von öffentlichen Stellen, aus dem Quartier und der Zivilgesellschaft, sowie einer Gruppe von Bewohnerinnen und Bewohnern des BAZ Zürich. Im Bericht sind einige Schlussfolgerungen enthalten, die Grund zur Sorge bereiten. Etwa, dass nach wie vor Differenzen mit dem SEM bestehen und sich diese insbesondere bei der AOZ manifestieren, deren Hände – wie bei allen Aufträgen im Leistungsbereich Dritter – gebunden sind. Dabei decken sich die Vorgaben ihrer Auftraggeberin «keineswegs stets mit den Erwartungen ihrer Eigentümerin, der Stadt Zürich.» RPC kommt zum Schluss, dass es in diesem Bericht Mängel gibt, die als schwerwiegend eingestuft werden können. Die Mehrheit beantragt dennoch die Annahme des Antrags auf Kenntnisnahme des Berichts. Es handelt sich grundsätzlich um einen aufwändig erarbeiteten Bericht, der mehrere Themenfelder abdeckt und in der Breite relativ umfassend informiert. Nichtsdestotrotz bringt auch die Mehrheit der Ge-*



schäftsprüfungskommission (GPK) inhaltliche Kritik vor. Die vielen Fragen der GPK zeigen auf, dass der Bericht die kritischen Punkte nicht in der notwendigen Tiefe behandelt hat. Abschliessend erhärtet der Zweijahresbericht, dass das BAZ nicht das erfüllt oder erfüllen kann, was bei der Abstimmung versprochen wurde. Einen Bericht, der dies erhärtet, kann man auch zur Kenntnis nehmen. Die GLP teilt diese inhaltliche Kritik, hält es aber nicht für zielführend einen Bericht symbolisch ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Die Ressourcen sind besser dort eingesetzt, wo sie in der aktuellen Flüchtlingskrise dringender benötigt würden. Zum Schluss möchte ich auf einen Punkt hinweisen, den der Stadtrat im Bericht ebenfalls thematisiert: dass das Subventionsverfahren im Asylbereich seine Grenzen hat. In diesen Fällen bietet die hoheitliche Organisation durch die Gemeinde oder die Stadt selbst und unabhängig vom Subventionswesen wesentliche Vorteile. Mein persönliches Learning aus der Geschichte ist, dass Kindeswohl und Menschenwürde Güter sind, deren Wahrung sich nicht mit einem Vergabeverfahren an den Bestbietenden zu festgelegten Konditionen delegieren lässt.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Monika Bättschmann (Grüne): *Ich begründe den Antrag der Grünen zur ablehnenden Kenntnisnahme des Berichts. In der Abstimmungsvorlage im Juli 2017 wurde in anschaulichen und positiven Worten beschrieben, wie das BAZ ausgestattet werden und wie der Betrieb sein soll. Der Stadtrat sprach davon, dass wir in Zürich der ganzen Schweiz zeigen wollten, dass eine andere und gute Asylpolitik möglich sei, und das BAZ Zürich zum Vorzeigezentrum werden könne. Die Grünen haben sich schon damals kritisch zum BAZ geäußert, weil wir Zweifel daran hatten, dass die Einrichtung unter diesen Rahmenbedingungen gut geführt werden kann. Unter anderem, weil die hohe Anzahl von Menschen auf engem Raum bei der geplanten 6er-Belegung kaum Privatsphäre in den Zimmern zulässt. Bereits vor der Abstimmung zum Bundesasylzentrum mit beschleunigtem Asylverfahren hatten die Grünen umfangreiche Forderungen aufgestellt. Nach intensiven Diskussionen kamen die Grünen zum Schluss, der Vorlage zur Realisierung des BAZ zuzustimmen – mit der klaren Forderung, dass die Menschenwürde und Integration der Betroffenen in den Vordergrund gestellt werden sollen. Schon bald wurden von Mitarbeitenden erste negative Informationen über die Bedingungen im BAZ an die Öffentlichkeit getragen. Mitarbeitende haben von einer Führungskultur berichtet, die die Benennung von Missständen oder Anregungen nicht zuließ. Zudem ist die Antwort der Politik auf Kritik und Anregungen immer gewesen, dass der Bund bestimmt, Vorgaben macht und das Sicherheitspersonal stellt. Deutlich festgehalten werden muss, dass die sogenannten beschleunigten Asylverfahren in Tat und Wahrheit Sparübungen auf Kosten der Geflüchteten sind. Die Infrastruktur reicht bei weitem nicht aus und das Personal kann nicht die Aufgaben wahrnehmen, die es soll – nämlich Betreuung und Begleitung der Asylsuchenden. Es mussten auch gravierende Mängel bei der vom Bund gestellten Sicherheitsfirma festgestellt werden. Die Bedingungen des Betreuungsauftrags des SEM nach dem schweizweit geltenden «Betriebskonzept Unterbringung» sind nach Ansicht der Grünen schlicht und einfach zu schlecht und müssen zwingend verbessert werden. Vom SEM und der AOZ sind Berichte zum BAZ erstellt worden. Dies zeigt, dass es im Bereich Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden einiges zu diskutieren*



gibt. In der Stellungnahme des Stadtrats zum Bericht wird darauf hingewiesen, dass bereits einiges auch in Zusammenarbeit mit dem SEM verbessert wurde oder auf das SEM noch Einfluss genommen werden muss. Nach Ansicht der Grünen hätte schon viel mehr gemacht werden müssen. Die Grüne Fraktion ist mit dem Bericht und der Stellungnahme des Stadtrats nicht zufrieden. Der menschenwürdigen Unterbringung und Betreuung sowie der Integration der Asylsuchenden wird zu wenig Beachtung geschenkt. Der vorliegende Bericht geht viel zu wenig auf die tatsächlichen Begebenheiten ein, weil er zu einer Zeit erstellt wurde, in der das BAZ nicht annähernd mit der geplanten Belegung von 360 Asylsuchenden ausgelastet war. Die Maximalbelegung Ende September 2021 war 283 Personen. Zudem wurden die Belegungszahlen im Jahr 2020 wegen Corona auf 220 Personen gesenkt. Der Stadtrat erwähnt, dass die weiteren Berichte seit der Eröffnung in den vorliegenden Bericht eingeflossen seien. Der Stadtrat hat einige Themen angeschnitten, bei denen Verbesserungen durch Forderungen an den Bund erreicht werden sollen. Es hat sich gezeigt, dass es eine grosse Herausforderung ist, das BAZ unter diesen Rahmenbedingungen zu führen. Trotzdem erwarten wir vom Stadtrat, dass Rahmenbedingungen wie die deutliche Erhöhung des Betreuungsschlüssels umgesetzt werden, wenn nötig auf Kosten der Stadt. Es geht um Menschen, die bei uns Sicherheit und Frieden suchen und in einem weiteren Schritt möglichst gut und rasch integriert werden sollen. Die Grünen und die AL haben im Jahr 2021 ein dringliches Postulat eingereicht, das die Kündigung der Verträge mit dem Bund verlangt, wenn dieser nicht Interesse an der Verbesserung der Situationen zeigt. Im Bericht der RPC vom Mai 2022 wurden zwölf Empfehlungen abgegeben. In der Medienmitteilung vom 10. Juni 2022 zieht der Stadtrat eine positive Bilanz: «Der Untersuchungsbericht zum Bundesasylzentrum Zürich mit positivem Fazit: Vorwürfe entkräftet, Verbesserungspotenzial erkannt. (...) Er erkennt keine systematischen Mängel, attestiert der AOZ eine insgesamt fachgerechte Auftragswahrnehmung und ordert punktuell Verbesserungspotenzial.» Das ist eine verwirrende Aussage, die uns Grünen sauer aufgestossen ist. Erst nach Rückfragen durch die GPK wurden die Aussagen präzisiert und die Mängel benannt. Die versprochenen Rahmenbedingungen zu Abstimmungszeiten und die Realität klaffen auseinander. Das kann der Bericht nicht entkräften, wir beantragen darum die ablehnende Kenntnisnahme.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Man weiss, dass die SVP der Asylpolitik grundsätzlich kritisch gegenübersteht und sie genau durchleuchtet. Da mag es überraschen, dass wir den Bericht nicht ablehnend zur Kenntnis nehmen. In den Einleitungsreferaten wurde ersichtlich, dass am Bericht einige Kritik anzubringen ist – diese Kritik teilen wir. Im Bericht wurde auch starke Kritik am BAZ geäussert. Wenn wir einen solchen Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen würden, würden wir auch die Kritik an der Arbeit des BAZ ablehnen. Das wäre eine doppelte Negierung und dann wären wir wieder dafür – das bringt uns nicht weiter. Deswegen ist es pragmatisch den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.*

Rahel Habegger (SP): *Meine Fraktion nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass die Startbedingungen des BAZ nicht einfach waren. Gerade auch wegen der Coronapandemie. Nebst dem Zweijahresbericht wurden verschiedene weitere Berichte zum BAZ verfasst,*



so zum Beispiel der Bericht der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter im Auftrag des SEM. Darin werden verschiedene Mängel festgestellt, beispielsweise wenn es um die Erkennung von vulnerablen Personen geht, im Umgang mit Beschwerden und Konflikten und beim Zugang zu psychiatrischer Grundversorgung. Die Kommission empfiehlt eine Vielzahl von Massnahmen, um die Mängel zu beheben. Im Zweijahresbericht wird ausführlich beschrieben, wie der Betrieb des BAZ funktioniert, welche Angebote es gibt und wie es um die Situation des BAZ steht. Von 41 Seiten werden nur 6 Seiten der Wahrnehmung des Betriebs gewidmet. In nur wenigen Abschnitten wird im Zwischenbericht festgestellt, dass die Sicherheit von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (MNA) und LGBTIQ mangelhaft sei; die psychiatrische Grundversorgung könne nicht gewährleistet werden, das Kindeswohl habe im BAZ oft «keine grosse Priorität». Da muss man leer schlucken. Fast beiläufig wird erwähnt, wie schwierig die Zusammenarbeit der Leistungserbringer sei, dass es Unklarheiten bei den Zuständigkeiten gebe und dass es «eine Verantwortungsdiffusion» gab. Viele Personen waren überfordert und das Betreuungsniveau sei gesunken, dem Schulbetrieb sei zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Diese und weitere gravierende Kritikpunkte werden im Bericht kaum aufgenommen. Das bedauern wir sehr. Bei so schwerwiegenden Kritikpunkten hätten wir erwartet, dass der Bericht sie aufnimmt und sich vertiefter und differenzierter mit dieser Kritik befasst. Der Bericht bleibt oft beschreibend und oberflächlich. Eine Vertiefung, eine Würdigung und eine Einordnung der Vielzahl massiver Mängel und der Kritik am BAZ fehlen komplett. Darum sind wir vom Bericht enttäuscht und müssen ihn ablehnend zur Kenntnis nehmen. Das soll kein Präjudiz sein; es geht uns um den Bericht und nicht um pauschales Bashing des BAZ oder der AOZ. Wir stellen fest, dass es im BAZ und bei der AOZ einzelne positive Entwicklungen gibt. Erste Massnahmen und Verbesserungen wurden eingeleitet. Wir schauen positiv und kritisch in die Zukunft des BAZ.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich kann mich gut an die Beratung der Weisung zum BAZ in der Sachkommission Sozialdepartement (SK SD) erinnern. Dort wurde bereits viel darüber diskutiert, was das BAZ in der Stadt können und ob die Stadt Zürich das BAZ übernehmen soll. Der Stadtrat sagte, dass es bestimmt ein Vorteil sei, dass er beim SEM direkten Einfluss nehmen könne, wie die Unterbringung und die Asylverfahren stattfinden sollen. Die Kommission und der Gemeinderat haben dazu gesagt, dass sie eine Berichterstattung darüber wollen – über diesen Bericht diskutieren wir heute. Der Stadtrat hat einen Bericht vorgelegt, der sich auf diverse externe Berichte stützt und aufzeigt, dass es vor allem am Anfang grössere Startschwierigkeiten gab. Er zeigt auch auf, dass einige positive Entwicklungen stattfinden konnten, bei denen der Stadtrat mitgewirkt hat. Das ist der grosse Vorteil aus Sicht der Mitte. Die bestehenden Berichte und der Stadtrat selbst in seinem Bericht legen dar, dass bei weitem nicht alles gut ist. Er sagt darum im Ausblick, dass auf positive Veränderungen im Zusammenhang mit dem BAZ zurückgeblickt werden kann. Auch aus Sicht des Stadtrats ist diese Arbeit fortzuführen und die Stadt soll weiterhin Einfluss auf den Betrieb des BAZ nehmen und Schwerpunkte gemeinsam mit dem SEM bearbeiten. Dieser Bericht ist zur Kenntnis zu nehmen. Wir unterstützen den Weg, den der Stadtrat eingeschlagen hat: Er hat die Punkte, die Verbesserungen benötigen, erkannt und ist dran, Verbesserungen vorzunehmen.



Stefan Urech (SVP): Weil der Bericht von der Kantonsratskandidatin aus dem Kreis 4/5, in dem das Zentrum steht, vorgestellt wurde, hätte ich erwartet, dass auf die aktuelle Situation Bezug genommen wird. Als wir uns im Abstimmungskampf um dieses Asylzentrum befanden, fuhr die SVP eine Plakatkampagne mit «Mehr Belästigung, mehr Diebstähle und Gewalt. Bundesasylzentrum mitten in Zürich: Nein.» Daraufhin mussten wir einen riesigen Shitstorm über uns ergehen lassen. Ich möchte Ihnen einen Bericht aus dem Kreis 4/5 geben: Der Lidl muss seit kurzem Securitas anstellen, weil es so viel mehr Diebstähle gab. Wenn Sie mit den Kassiererinnen des Coop sprechen, erzählen die Ihnen dasselbe. Die Eltern aus meinem Wohngebäude fühlen sich genötigt, ihre Kinder abzuholen, da ihre Kinder sich auf dem Schulweg belästigt fühlen. Sie müssen sich durch Bierdosen, zerbrochene Bierflaschen und betrunkene Bewohner des BAZ schlängeln. Vor rund zwei Wochen hätte im Schulhaus Pfingstweid ein Weihnachtssingen stattfinden sollen, bei dem die Polizei gerufen werden musste, weil sich die Bewohnenden des Bundesasylzentrums beim Punschstand bedienen wollten und es zu Tätlichkeiten kam. Gewalt ist im Bundesasylzentrum omnipräsent, es hat jeden zweiten oder dritten Tag einen Kastenwagen vor Ort. Ich habe in einer Schriftliche Anfrage gefragt, wie viele Male die Polizei seit der Eröffnung ausrücken musste. Die Antwort lautete 59-mal. Alle Nachbarinnen und Nachbarn lachen laut über diese Zahl, das kann nicht stimmen. Es ist viel häufiger, die Polizei ist praktisch immer da. Wir haben mehr Diebstahl, Belästigung und Gewalt. Ihre Plakatkampagne war «Eine Bereicherung fürs Quartier». Jede Person, die diesen Slogan nicht mitunterschrieben hatte, wurde als xenophob bezeichnet. Die Situation ist unhaltbar. Wenn ich höre, wer daran schuld sei, dann ist es das Personal des BAZ, der Bund, der Stadtrat, die SVP mit ihrer Hasspropaganda. Alle sind schuld, ausser die Bewohner des Zentrums. Die Bewohnenden ums BAZ sind aufgebracht.

Luca Maggi (Grüne): Ich möchte meinem Votum vorausschicken, dass es kritisch ist, aber nicht um Bashing geht. Für Mitarbeitende war es teilweise eine Notsituation, weil sie immer wieder aufliefen, wenn sie Missstände benennen wollten. Es ist eine Scheindebatte um diesen Bericht. Man kann fast sagen, er ist sein Papier nicht mehr wert. Hätte es in der Behandlung in der Kommission nicht eine Kehrtwende gegeben, müssten wir den Bericht heute nicht nur ablehnend zur Kenntnis nehmen, sondern ihn zurück an die Verfasserinnen zur Überarbeitung und Präzisierung schicken. Wer sich ein richtiges Bild über die Faktenlage rund ums BAZ machen möchte, muss sich durch einen Unterlagenschungel kämpfen und viele Fragen stellen bis die Fakten auf den Tisch gelegt werden. So bleibt vieles unübersichtlich und teilweise unklar. Betrachtet man die Kommunikation der AOZ und des Sozialvorstehers vom Juni 2022, so klaffen Welten auseinander. Die AOZ hat am 10. Juni kommuniziert: «Vorwürfe entkräftet». Der Vorsteher des Sozialdepartements STR Raphael Golta hat in seiner Medienmitteilung von einem grundsätzlich positiven Fazit geschrieben. Heute kann man sagen: Beides trifft nicht zu, beides ist falsch. Zutreffend ist viel mehr, was die ehemaligen Mitarbeitenden an die Öffentlichkeit gebracht hatten. Wir kennen das Schema von den Missständen im MNA-Zentrum Lilienberg her: Ohne massiven Druck von aussen, ohne massiven Druck von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre nichts passiert. Deswegen auch an dieser Stelle der Dank an diejenigen, die den Mut hatten, massive interne Widerstände öffentlich zu machen und zu benennen. Die fatalsten Punkte sind folgende: Erst nachdem in der Kommission ein umfangreicher Fragekatalog eingereicht wurde, haben der Stadtrat und die



Berichtsverfasserinnen Klartext geredet. Man sagte plötzlich, dass im Bericht gar nie stand, dass es keine schwerwiegenden Mängel gebe. Die Res Publica Consulting AG fühlte sich sogar zur Präzisierung veranlasst, dass schwerwiegende Mängel aufgezeigt würden, die in einer zweiten Fragerunde aufgelistet wurden. Als schwerwiegenden Mangel beurteilte sie die mangelhafte Begleitung und die Arbeitssituation der Arbeitnehmenden beim Umzug vom Juch-Areal ins BAZ. Zweitens wurden auch die im Bericht geschilderten konzeptionellen Mängel am Gebäude als schwerwiegend bezeichnet und die knappen Personalressourcen. Das betrifft drei Empfehlungen aus dem Bericht. Fast die Hälfte der Empfehlungen des Berichts werden als schwerwiegend oder sehr kritisch eingestuft. Wir müssen uns an die Kommunikation im Juni 2022 erinnern, als es hiess «Vorwürfe entkräftet». Ich finde das zynisch, angesichts der Situation im BAZ im Juni 2022. Es war überfüllt, man musste die Betten auf den Gang stellen und es war eine unhaltbare Situation. Dass man trotzdem so kommunizierte, finde ich fatal. Ein weiteres schwerwiegendes Versäumnis finde ich, mit wem in diesem Bericht gesprochen wurde. Es ist eine handverlesene Auswahl von Leuten aus der AOZ und der Stadt. Es wurde nicht mit psychologischem Fachpersonal gesprochen, nicht mit Gesundheitspersonal, nicht mit Leuten aus den Schulen, nicht mit Rechtsvertretungen, nicht mit Vertrauenspersonen. Am Schluss wurde von der RPC gesagt, dass man im Bericht um Objektivität bemüht war, aber dass dies von den Betroffenen oder Verantwortlichen nicht geteilt werden muss. Damit sagt sie selbst, dass der Bericht nicht so viel wert ist. Ich wäre froh gewesen, wenn es nicht mehrere Fragenkataloge und öffentlichen Druck benötigt hätte, bis dies auch die Betroffenen in den Führungsetagen so benannt haben.

Michael Schmid (FDP): *Es soll klar sein, was hier abgeht: Es ist ein linkes «Hickhack» zwischen rot-grünen Mitgliedern des Gemeinderats gegenüber dem heute abwesenden Vorsteher des Sozialdepartements STR Raphael Golta. Es ist eine unfaire Generalabrechnung. Weshalb unfair? Es wurde die Kritik an diesem Bericht geäussert, dass er nicht fundiert sei und viele Fragen in der GPK gestellt wurden. Selbstverständlich wurden viele Fragen gestellt, der Bericht hat die Grundlage dazu geliefert, Fragen zu stellen. Man konnte Anhörungen durchführen, beispielsweise mit einer Delegation des SEM. Es wurden rund 30 Interviews mit Stakeholdern geführt – selbstverständlich aus dem ganzen Spektrum. Es handelt sich um eine 360-Grad-Auslegeordnung, die durch die zugrundeliegenden Berichte des Stadtrats und die Synthese im vorgelegten Bericht ermöglicht wurde. Da kam die Problematik von einem Bundesasylzentrum mitten in der Stadt Zürich auf den Tisch. Sie haben dies so gewollt, Sie haben Versprechungen gemacht, was dies alles bringt und weshalb es viel besser ist, wenn das BAZ in der Stadt Zürich ist. Tatsache ist, es bringt Vor- und Nachteile. Die sind im Bericht dargestellt. Es sind Nachfragen gestellt worden, wie in der Vergangenheit damit umgegangen wurde und welche Lehren man gezogen hat. Beispielsweise wurde eine Beschwerdemöglichkeit eingerichtet, das ist eine Lehre aus anderen Bundesasylzentren im städtischen Umfeld. Bringen Sie nicht alles durcheinander und nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Bundesasylzentren in einem schwierigen Umfeld agieren. Insbesondere in der Stadt Zürich. Wenn man den Bericht ablehnend zur Kenntnis nimmt, kann man das nur so interpretieren, dass man nicht bereit ist, sich diesen Realitäten zu stellen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis.*



Walter Angst (AL): Der AL geht es umgekehrt als Michael Schmid (FDP). Man muss die Entstehungsgeschichte und Historie des Berichts rekapitulieren, um zu wissen, weshalb eine relativ heftige Diskussion stattfindet. Der Stadtrat hat gesagt, es gäbe gewisse Sachen, die verbessert werden müssten, aber die Erfahrung sei grundsätzlich positiv. Am 1. Juni 2022 begann auch die Debatte über den Umgang der AOZ mit Betreuungsinstitutionen für MNA. Es kam eine Debatte in Fahrt, die es bereits ein Jahr davor im Zusammenhang mit Mitarbeitenden des BAZ gab, die darauf hingewiesen hatten, dass die Situation dramatisch sei. Wenn man in die Kommissionsarbeit, die nicht sehr transparent dokumentiert ist, eintaucht, passiert etwas, das ich noch nie im Rat erlebt habe. Am 19. September 2022 haben die AOZ und der Stadtrat der GPK eine Serie von Fragen beantwortet mit der Vorbemerkung, dass die Weisung vom 1. Juni 2022 durch die Fakten überholt sei und man heute anders argumentieren würde. Man würde klarer festhalten, was es für Mängel gibt. Der Stadtrat hätte die Weisung zurückziehen können, das hat er in solchen Situationen schon häufig gemacht. In dieser Situation hat er dieses Instrument nicht genutzt. Das hat auch Sanija Ameti (GLP) dazu gebracht, in ruhigen Worten zu sagen, dass wir ein Problem haben. Ein Neuanfang ist auch aus Sicht des Stadtrats und der AOZ nötig. Der Schlüssel dazu ist Transparenz zu schaffen, mit Mitarbeitenden zu reden und nicht per se zu sagen, es sei gut, obwohl man weiss, dass es nicht gut ist. Man soll auch vor der Kommission die Fakten auf den Tisch legen. Der Stadtrat und die AOZ haben der GPK Ende November 2022 einen interessanten Zwischenbericht zur aktuellen Situation und dem Umbau der AOZ gegeben. Die GPK hat diese Stellungnahme erstaunlicherweise für den Rat noch nicht öffentlich gemacht, sie steht noch unter Geheimhaltung. Die GPK hat bei dieser Weisung eine normale Kommissionsberatung geführt, die Unterlagen sind deshalb öffentlich und sichtbar zu machen. Wenn wir selbst nicht so agieren, können wir dies vom Stadtrat und der AOZ ebenfalls nicht verlangen. Die Möglichkeiten, Einfluss auf den Bericht zu nehmen, sind so klein, dass es intelligenter wäre, klar Stellung zu beziehen. Die AL hat mit der Zustimmung zu dieser Weisung gerungen, es war ein Mehrheitsentscheid. Wir hoffen, dass die Debatte künftig auf anderer Basis geführt werden kann, als die GPK hier vorgemacht hat.

Martina Zürcher (FDP): Als Präsidentin der GPK möchte ich kurz Stellung nehmen. Ich weiss nicht, von welchem Dokument Walter Angst (AL) gerade sprach. Die GPK achtet stets darauf, dass bei Geschäften mit einem starken öffentlichen Interesse so viel wie möglich Rats-öffentlich gemacht wird. Wir haben in einem anderen Geschäft versucht, einen Bericht unter Geheimhaltung freizugeben. Vielfach wird die Geheimhaltung nicht von uns entschieden. Das betreffende Dokument können wir gerne anschauen. Ich bitte mit solchen Informationen direkt auf die Kommission zuzukommen, statt in der Debatte.

Luca Maggi (Grüne): Ich glaube, Michael Schmid (FDP) vermischt Berichte. Ich habe zu dem Bericht gesprochen, der im Juni 2021 in Auftrag gegeben wurde. Ich habe aus den Empfehlungen zitiert. Dabei handelt es sich nicht um alternative Fakten. Ich habe aufgezählt, mit wem nicht gesprochen wurde, man aber hätte reden können. Es wurden 21 Interviews mit aktuellen und ehemaligen Mitarbeitenden geführt. Es wurde mit Führungspersonen aus der AOZ gesprochen, mit Vertretungen der Stadt, des SEM und Mitgliedern des Verwaltungsrats. Du meintest, ihr hättet euch kritisch mit diesem Bericht auseinandergesetzt. Ich habe mir die Mühe gemacht alle Fragen zu lesen, aber sage nicht, wie viele von der FDP eingegangen sind – du weisst es selbst.



Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für den Vorsteher des Sozialdepartements die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartments Stellung.

STR Simone Brander: *Ich vertrete den erkrankten STR Raphael Golta. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass er mit dem vorliegenden Bericht den Auftrag des Gemeinderats vollumfänglich erfüllt hat. Trotzdem nimmt er die Kritik am BAZ oder an der Auftrags Erfüllung der AOZ ernst. Ihm ist auch daran gelegen, stetige Verbesserungen zugunsten der Geflüchteten zu erreichen. Sei das im Bereich der Leistungserbringung durch die AOZ oder im Gespräch und im Austausch mit dem SEM. Der Stadtrat ist überzeugt davon, dass der neue Verwaltungsrat der AOZ Kritik und Anliegen ernst nimmt, Vorwürfen nachgeht und die notwendigen und richtigen Massnahmen ergreift. Dies hat er bereits im Rahmen der Vorwürfe zum BAZ und zum MNA-Zentrum Lilienberg getan. Der Stadtrat möchte auch darauf hinweisen, dass sich der gesamte Asylbereich und damit auch die AOZ aktuell in der grössten Flüchtlingskrise seit dem 2. Weltkrieg und somit in einer ausserordentlich herausfordernden Situation befindet. Die AOZ meistert die Krise mit grossem Einsatz von allen Mitarbeitenden. Dafür möchte der Stadtrat seinen Dank aussprechen. Die Organisation ist sich bewusst, dass es einige Baustellen gibt, die entweder bereits angepackt wurden oder noch angepackt werden müssen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass sich die Organisation unter der Führung des Verwaltungsrats auf den richtigen Weg begeben hat. Der Weg braucht auch Zeit. Die aktuelle Situation wurde in der Debatte angesprochen. Auch dort ist sich der Stadtrat bewusst, dass die ausserordentliche Situation und die damit verbundene, grosse Überbelegung im BAZ, Auswirkungen auf die Bewohnenden aber auch auf die Mitarbeitenden des BAZ hat. Der Stadtrat ist im Gespräch mit dem SEM, um eine möglichst schnelle Normalisierung im BAZ zu erreichen.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Bericht des Stadtrats nach zwei Jahren Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Sanija Ameti (GLP), Referentin; Präsidentin Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Monika Bättschmann (Grüne), Referentin; Rahel Habegger (SP), Nadia Huberson (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne)
Abwesend:	Angelica Eichenberger (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 57 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.



9 / 9

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Sanija Ameti (GLP), Referentin; Präsidentin Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Monika Bättschmann (Grüne), Referentin; Rahel Habegger (SP), Nadia Huberson (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne)
Abwesend:	Angelica Eichenberger (SP)

Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag wird über den bereinigten Antrag des Stadtrats abgestimmt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 60 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Vom Bericht des Stadtrats nach zwei Jahren Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. Januar 2023

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat